

MDR, 17.02.2011, 20.000 **Gegendemonstranten am 19. Februar in Dresden**, -,
<http://www.mdr.de/sachsen/8229407.html>

Die Dresdner Polizei rechnet am kommenden Sonnabend mit bis zu 20.000 Gegendemonstranten zu einem erneuten Neonaziaufmarsch. Polizeipräsident Dieter Hanitsch sagte, zudem würden etwa 3.000 teils gewaltbereite Linksextreme erwartet. Für die Demonstrationen der Rechtsextremen erwartet der Polizeichef etwa 3.500 Teilnehmer. Nach Angaben der Stadt sind für diesen Tag insgesamt rund 70 Veranstaltungen angemeldet. Die meisten seien Mahnwachen. Am Sonntag hatten rund 17.000 Dresdner mit einer Menschenkette gegen den Aufzug von 1.300 Neonazis demonstriert.

Marschroute steht noch nicht fest

Laut Dresdens Bürgermeister Detlef Sittel (CDU) sind zwei Drittel der angemeldeten Veranstaltungen kirchliche Mahnwachen. Mitte der Woche solle festgelegt werden, welche Gruppe wo demonstrieren dürfe. Deswegen ist laut Polizeipräsident Dieter Hanitsch derzeit noch nicht klar, wo der Neonazi-Aufmarsch stattfinden wird und ob die Elbe wie am vergangenen Sonntag wieder zur Trennlinie zwischen Neonazis und Gegendemonstranten werden soll. Das Konzept mit weiträumigen Sperrungen und zahlreichen Personenkontrollen vom vergangenen Sonntag soll laut Polizei auch am 19. Februar fortgesetzt werden.

"Blockaden als notwendiges Mittel"

Thomas Bergmann vom Bündnis "Dresden Nazifrei" sagte dem MDR: "Bereits jetzt rechnen wir mit 13.000 Gästen aus Deutschland und ganz Europa, Tendenz steigend". Dazu kämen noch mehrere tausend Gegendemonstranten aus Dresden. Die Gegner der geplanten Neonazi-Aufmärsche wollen durch die pure Anwesenheit von Menschenmassen an neuralgischen Punkten die Aufmärsche blockieren.

Auch Holocaust-Überlebende aus Deutschland und Tschechien riefen in Berlin dazu auf, den Aufmarsch zu blockieren. Alle Bürger seien aufgefordert, den Aufzug der Rechtsextremen mit "demokratisch legitimierten Mitteln" zu verhindern. Die Vereinigung kritisierte, dass Neonazis ihre menschenverachtenden Ideen zur Schau stellen können, "während Antifaschisten, die sich diesem braunen Spuk in den Weg stellen, kriminalisiert werden". Faschismus sei keine Meinung, "sondern ein Verbrechen", heißt es in dem Aufruf, den mehrere deutsche und tschechische NS-Widerstandskämpfer unterzeichnet haben.

Erstmals Demonstration am 19. Februar

Rechtsextreme versuchen seit Jahren, den Jahrestag der alliierten Bombenangriffe auf Dresden am 13. Februar für ihre Zwecke zu missbrauchen. Erstmals haben sie nun für den 19. Februar einen zweiten Aufmarsch geplant.

MDR, 17.02.2011, **Rechtsextreme dürfen offenbar nicht marschieren**, -,
<http://www.mdr.de/sachsen/8240485.html>

Die Stadt Dresden will die drei für Sonnabend geplanten Neonazi-Veranstaltungen auf eine Kundgebung reduzieren. Die Stadtverwaltung bestätigte Informationen von MDR 1 RADIO SACHSEN, dass sie einen Marsch der Rechtsextremen durch die Innenstadt untersagt hat. Sie hat demnach lediglich eine stationäre Kundgebung außerhalb des Stadtzentrums erlaubt.

Mangel an Polizisten droht

Die Polizei rechnet mit etwa 3.500 Neonazis und bis zu 20.000 Gegendemonstranten. Auch 3.000 bis 4.000 teils gewaltbereite Linksextreme werden in der Stadt erwartet. Laut Polizei haben die Neonazis bereits angekündigt, sich weder von Polizei noch von Blockaden bei ihrem Aufmarsch stoppen zu lassen.

Als Grund des Aufmarsch-Verbotes wurde weiterhin ein möglicher Mangel an Polizisten genannt. Wegen des Castor-Transports sowie zur Vermeidung von Ausschreitungen während des Fußballspiels Hamburger SV gegen Werder Bremen würden weniger Beamte in Dresden zur Verfügung stehen. Die Polizeigewerkschaft hat unterdessen am Donnerstag die "gesundheitsgefährdende Dauerbelastung" der Beamten wegen bundesweiter Großeinsätze beklagt.

Polizei warnt vor Gewaltbereitschaft

Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitzsch warnte, die bevorstehenden Veranstaltungen der Neonazis würden "einen anderen Charakter" als die am 13. Februar haben. "Sie sind diesmal nicht vom Gedenken geprägt", sagte er mit Blick auf den sogenannten Trauermarsch der Rechtsextremisten am vergangenen Wochenende. Der Polizeipräsident rechnet mit einer deutlich höheren Gewaltbereitschaft "aller extremistischen Teilnehmer".

Neben der konsequenten Trennung der Extremisten habe die Polizei auch die Aufgabe, die zu Tausenden erwarteten friedlichen Gegendemonstranten zu schützen.

Neonazis klagen gegen Auflagen

Dem Dresdner Verwaltungsgericht liegen derzeit drei Klagen der rechten Seite vor. Nach Angaben eines Sprechers werde vermutlich bis Freitagmittag entschieden. Nach einer Abweisung der Klage bliebe den Veranstaltern aus der rechten Szene für Beschwerden

beziehungsweise Eilverfahren das Obergerverwaltungsgericht in Bautzen und das Bundesverfassungsgericht. In jedem Fall bleibt der Polizei nur wenig Zeit, ihre Einsatzpläne der endgültigen Entscheidung anzupassen.

Am vergangenen Sonntag hatten gegen den Aufmarsch der Neonazis 17.000 Dresdner friedlich mit einer Menschenkette protestiert. 1.300 Neonazis hatten am 66. Jahrestag der alliierten Bombenangriffe am 13. Februar am Rand des Dresdner Zentrums demonstriert. Seit Jahren versuchen die Rechten, den Gedenktag für ihre Zwecke zu missbrauchen. Beide Lager wurden von der Polizei strikt getrennt.

junge Welt, 17.02.2011, »Dresden – Nazifrei!«, -,
<http://www.jungewelt.de/2011/02-17/028.php>

Der VVN – BdA e.V. Sachsen und die Český Svaz Bojovníku za Svobodu (Tschechische Gemeinschaft der Kämpfer für die Freiheit) verbreiteten am Mittwoch eine gemeinsame Erklärung deutscher und tschechischer Widerstandskämpfer gegen den geplanten Neonaziaufmarsch am 19. Februar in Dresden:

Mit großer Sorge verfolgen wir das Wiedererstarken des Rechtsradikalismus und insbesondere des Neofaschismus in Deutschland. Es ist besorgniserregend, daß Neonazis offen und vielfältig ihre menschenverachtenden Ideen und Auffassungen unter dem Mantel der Demokratie zur Schau stellen können, während Antifaschisten, die sich diesem braunen Spuk in den Weg stellen, kriminalisiert werden.

Daß dabei das Gedenken an die barbarischen Bombenangriffe vom 13. Februar 1945 auf Dresden mißbraucht wird, macht uns besonders nachdenklich. Dafür sind Millionen Kameraden nicht in den faschistischen Konzentrationslagern in den Tod gegangen, haben unzählige Widerstandskämpfer während der braunen Barbarei nicht Folter und Torturen überstanden, ohne ihren Glauben an Demokratie und Menschlichkeit, an eine bessere Zukunft, ein friedliches Miteinander, zu verlieren!

Getreu dem Schwur unserer Kameraden von Buchenwald werden wir nicht eher ruhen, bis der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit errichtet ist. Wir rufen deshalb alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich den Neonazis in Dresden entschlossen entgegenzustellen.

Verhindert mit allen demokratisch legitimierten Mitteln den Naziaufmarsch am 19. Februar 2011 durch Dresden! Dresden soll nazifrei werden! Protest ist das Gebot der Stunde. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Prof. Hans Lauter (Ehrevorsitzender der VVN-BdA, Zuchthaus, Moorsoldat), Andela Dvoráková (Präsidentin CSBS), Frido Seydewitz (Ehrevorsitzender des VVN-BdA Sachsen, Emigration, GULAG), Libuse Nachtmannová (Überlebende KZ Ravensbrück), Ruth Burse (Überlebende KZ Theresienstadt), Vojmir Srdecny (Überlebender KZ Sachsenhausen), Justin Sonder (Überlebender KZ Auschwitz), Antonín Hnilicka (Überlebender KZ Mauthausen)

Ebenfalls am Mittwoch rief das Bündnis »Nazifrei! – Dresden stellt sich quer« erneut zu Massenblockaden gegen die Neonazis am Sonnabend auf:

Erklärtes Ziel des Bündnisses »Dresden – Nazifrei!« ist es, mit Massenblockaden den Nazi-aufmarsch am kommenden Samstag zu verhindern. Was 2010 mit 12000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vollbracht wurde, soll auch in diesem Jahr wieder gelingen – mit noch mehr BlockiererInnen! Daß es dazu kommt, will die Stadt Dresden unbedingt verhindern und setzt weiterhin auf die Strategie der »Lagertrennung«. (...)

Zu dem Gewaltszenario, das bestimmte Medien im Vorfeld des 19. Februar heraufbeschwören, erklärt Ringo Bischoff, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ver.di: »Im letzten Jahr und auch bereits am 13. Februar diesen Jahres hat sich gezeigt, daß sich alle Blockadeteilnehmerinnen und -teilnehmer an unseren Aktionskonsens halten. Daran läßt sich nicht rütteln. Bei dem hilflosen Versuch, uns mittels der Extremismustheorie in die Schmutzdecke zu stellen, kann man nur scheitern.«

junge Welt, 17.02.2011, **Trotz Polizeigewalt: erfolgreiche Blockaden gegen Neonaziaufmarsch in Cottbus**, jW, <http://www.jungewelt.de/2011/02-17/044.php>

Cottbus. Am Dienstag abend haben etwa 1000 Menschen gegen einen rechten Aufmarsch mit rund 200 Teilnehmern protestiert. Mehrfach kam es zu Blockaden. Das Bündnis »Cottbus nazifrei!«, das zu dieser Aktionsform aufgerufen hatte, sprach am Mittwoch von einem vollen Erfolg. »Es ist uns gelungen, den Nazis den öffentlichen Raum für ihre Geschichtsverdrehung zu nehmen.« Den Rechten sei keine vierspurige Straße zugesprochen worden, daher hätten sie in einem Spalier von Polizisten laufen müssen und seien durch Hunderte Neonazigegner übertönt worden, so das Bündnis.

Die Polizei hat einmal mehr versucht, die antifaschistischen Proteste zu verhindern. Durch die teils massive Gewaltanwendung durch die Beamten hat es nach Auskunft von »Cottbus nazifrei!« mehrere Verletzte gegeben, unter ihnen auch einen Schwerverletzten. Er erlitt demnach aufgrund eines Schlags mit einem Polizeiknüppel gegen das Ohr ein Schädel-Hirn-Trauma.

die tageszeitung, 17.02.2011, **Größtes Antifa-Event seit Jahren**, Konrad Litschko,
<http://www.taz.de/1/berlin/artikel/1/groesstes-antifa-event-seit-jahren/>

55 Busse aus Berlin und Brandenburg rollen am Samstagmorgen nach Dresden. Dort soll gegen den geplanten Nazi-Aufzug demonstriert werden.

Menschenkette gegen Nazis am vergangenen Samstag vor der Dresdener Frauenkirche Foto:
dpad

Mit 55 Bussen wollen Berliner und Brandenburger am Samstag nach Dresden fahren, um sich an den Blockaden gegen einen Neonazi-Großaufmarsch zu beteiligen. "Der Konvoi aus Berlin gehört bundesweit zu den größten", sagte Judith Förster vom Bündnis "Dresden nazifrei". Insgesamt erwartet Förster rund 260 Busse aus dem Bundesgebiet.

Mehr als 4.000 Neonazis werden am Samstag zu einem "Trauermarsch" in Dresden erwartet, mit dem diese die alliierte Bombardierung der Stadt am Ende des Zweiten Weltkriegs instrumentalisieren wollen. 2010 war es Gegendemonstranten erstmalig gelungen, den Aufmarsch mit Massenblockaden zu verhindern. Dies soll auch diesmal wieder erreicht werden.

Aus Berlin und Brandenburg wollen SPD, Grüne, Linkspartei, Gewerkschaften, Antifagruppen, Attac und andere Organisation nach Dresden reisen. Die meisten Busse starten um 5 Uhr morgens. "Das Interesse an Karten war enorm", so ein Verkäufer im Kreuzberger Antifaladen "Red Stuff". Alle Tickets seien ausverkauft, mehr als 3.000 Berliner dürften nach Dresden fahren. "Das wird das größte Antifa-Event der letzten Jahre."

Die Grünen-Abgeordnete Clara Herrmann rief zur Mitfahrt auf: "Rassistisches Gedankengut macht an unserer Stadtgrenze nicht halt." Es sei die historische Verantwortung aller, gegen die Verherrlichung des Nationalsozialismus und für Demokratie auf die Straße zu gehen. Auch SPD-Fraktionschef Michael Müller bat, sich an den Protesten zu beteiligen. "Wir werden nicht akzeptieren, dass Neonazis die Geschichte verdrehen." Doro Zinke, DGB-Chefin von Berlin, appellierte, den Neonazis nicht die Straßen zu überlassen.

Judith Förster von "Dresden nazifrei" zeigte sich zuversichtlich, dass die Blockaden gelingen. "Ich bin sicher, dass alle Gegendemonstranten ihren Weg in die Stadt finden." Es wäre ein ungeheuerliches Zeichen, wenn die Nazis in Dresden demonstrieren dürften und die Busse von tausenden Demokraten am Stadtrand aufgehalten würden.